Nr. 4 / 2019

ÜBER BLICK

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen

Beiträge zur Jubiläumstagung 25 Jahre IDA-NRW

25 Jahre IDA-NRW – Rückblicke und Einblicke aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit

„Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen“ Aktualisierende Bemerkungen zum Thema

Rassismuskritische Reflexivität und kontrapunktische Solidarität

IDA-NRW
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen

INHALT

Beiträge zur Jubiläumstagung 25 Jahre IDA-NRW

25 Jahre IDA-NRW 3
Rückblicke und Einblicke aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit
Karima Benbrahim

„Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen“ 6
Aktualisierende Bemerkungen zum Thema
Stephan Bundschuh

Rassismuskritische Reflexivität und kontrapunktische Solidarität 10
María do Mar Castro Varela

Literatur und Materialien 13

Infos 15

Unsere Veranstaltungen 18

Termine 20

IMPRESSUM

Überblick
Ausgabe 4/2019, 25. Jahrgang
ISSN 1611-9703

Herausgegeben vom
Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusarbeit in NRW (IDA-NRW)
Volmerswerther Str. 20 · 40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
Info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

Redaktion
Karima Benbrahim, Meltem Büyükmavi

Online-Ausgabe
www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für Ausgabe 1/2020: 1. März 2020

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

dieses Jahr zeigten sich der Rassismus und Antisemitismus in all ihren Facetten. Rassistische und rechte Einstellungen, offene Feindseligkeit gegenüber politisch Andersdenkenden, Menschen of Color oder Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung sind tief verankert in der Gesellschaft. Die Hassbotschaften in den sozialen Netzwerken im Internet und verbale sowie tätliche Angriffe auf Andersdenkende sowie geflüchtete, jüdische und muslimische (oder als solche markierte) Menschen sind ein Teil der Veränderungen der gesellschaftlichen Realität. Allerspätestens diese Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass Rassismus kein Phänomen ist, das sich lediglich in längst vergangenen Zeiten verorten lässt und sich im Zuge einer Gleichsetzung mit rechtsextremer Ideologie in der Gegenwart auf den so genannten ‚Rand‘ der Gesellschaft beschränkt.
Hass und Gewalt verbreiten sich gegen politische Gegner*innen oder eben jene Gruppen, die nicht als Teil von Deutschland gesehen werden. Aus Hass in Worten entstehen Taten: mit den Morden an Walter Lübcke in Kassel sowie Jana L. und Kevin S. in Halle erreichte der rechte Terror in diesem Jahr seine Höhepunkte.
Die thematische Fokussierung auf Rechtsextremismus hat in den vergangenen 25 Jahren eine inhaltliche und zielgruppenspezifische Ausweitung erfahren, denn die Probleme in der politischen Bildungsarbeit machen deutlich, dass es weniger der (organisierte) Rechtsextremismus (Parteien, Kameradschaften, aber auch lokale Szenen und Cliquen) ist, als dass es vielmehr rassistische und antisemitische, oftmals auch homo- und transfeindliche, sexistische oder allgemeiner: menschenverachtende und auch demokratiefeindliche Einstellungen und Handlungen sind, die uns vor vielerlei Herausforderungen stellen und den Nährboden auch für Terror und Gewalt bereiten.
Die letzte Ausgabe in diesem Jahr widmet sich der Jubiläumstagung des IDA-NRW. In diesem Jahr veranstalteten wir eine Tagung zum Thema „Allianzen bilden in der gespaltenen Migrationsgesellschaft? Rückblicke, Einblicke und Ausblicke aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit.“ Die Fachstelle hat ihr 25-jähriges Bestehen gefeiert, welches angesichts der Ereignisse und Entwicklungen der letzten Jahr(zehnt)e die Notwendigkeit für ein Fortbestehen von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus bekräftigt. Angesichts der verfestigten gesellschaftspolitischen Polarisierungen und Ausgrenzungstendenzen gilt es, die politische Bildung dauerhaft zu stärken und rassismuskritische Perspektiven und migrationspädagogische Ansätze in den Strukturen zu verankern, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Solidarische und herzliche Grüße
Karima Benbrahim

Beiträge zur Jubiläumstagung 25 Jahre IDA-NRW

In dieser Ausgabe möchten wir anhand von drei Beiträgen zurückblicken auf unsere Jubiläumstagung und die dort aufgegriffenen Themen. Der erste Beitrag hält die einführenden Grußworte von Karima Benbrahim, der Leiterin des IDA-NRW, fest. Im zweiten Beitrag rekurriert Stephan Bundschuh, ehemaliger Geschäftsführer des IDA e. V., auf seinen Vortrag aus dem Jahr 2010 mit dem Titel „Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen", indem er seine Ausführungen aus dem Blickwinkel der aktuellen Entwicklungen und neuer Erkenntnisse neu betrachtet. In dem dritten Beitrag befasst sich María do Mar Castro Varela mit unserer eurozentrischen Weltwahrnehmung und plädiert dafür Räume zu schaffen, in denen eine kontrapunktische Solidarität gelebt wird und Widerstandswissen entstehen kann.

Hier können längst nicht alle Diskussionen und Gespräche der Tagung wiedergegeben werden, wie auch die freundlichen Grußworte von Dr. Joachim Stamp, dem Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen und Stellvertretenden Ministerpräsidenten, sowie der beiden Vorsitzenden des IDA e. V., Janina Bauke und Stefan Brauneis, denen wir an dieser Stelle nur danken können für ihre freundlichen Worte und die jahrelange finanzielle respektive ehrenamtliche Unterstützung, die sie IDA-NRW entgegengebracht haben.

25 Jahre IDA-NRW – Rückblicke und Einblicke aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit

Liebe Teilnehmer*innen und liebe Kolleg*innen, liebe Verbündete* und Förder*innen,

ich möchte Sie und Euch herzlich begrüßen zu unserer Jubiläumstagung mit dem Titel „Allianzen bilden in der gespaltenen Migrationsgesellschaft? Rückblicke, Einblicke und Ausblicke aus der rassismuskritischen Bildungsarbeit", die anlässlich des 25-jährigen Bestehens des IDA-NRW in diesem Jahr mit einer anschließenden kleinen Feierstunde am heutigen Abend stattfinden wird. Ich möchte beginnen mit einem kleinen Rückblick zur Genese des IDA-NRW. Die landesweite Fachstelle gründete sich im Jahr 1994 nach dem rassistisch motivierten Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç in Solingen im Mai 1993. Solingen war der traurige Höhepunkt einer langen Liste von Anschlägen, Übergriffen und Pogromen, die zu Beginn der 1990er Jahre das gesellschaftliche Klima in Deutschland prägten. Hoyerswerda (September 1991), Hünxe (Oktober 1991), Rostock-Lichtenhagen (August 1992), Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993) stehen für die bekanntesten Pogrome und Anschläge dieser Jahre, befördert von rassistisch aufgeladenen Diskursen um Flucht, Migration und Asyl („das Boot ist voll"), die politisch in der faktischen Abschaffung des Asylrechts mündeten. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen an die Opfer zu erinnern.

Saime Genç (4)

Hülya Genç (9)

Gülüstan Öztürk (12)

Hatice Genç (18)

Gürsün İnce (27)

Sie kamen am 29. Mai 1993 durch den Brandanschlag auf das Haus ihrer Familie ums Leben. Hülya, Gülüstan und Hatice verbrannten, Saime und Gürsün erlagen ihren Verletzungen nach einem Sprung aus dem Fenster. Es waren die Töchter, Enkelinnen und Nichte von Mevlüde und Durmuş Genç, die in den 1970er Jahren mit drei ihrer Kinder aus Mercimek in der Türkei nach Deutschland eingewandert waren, in Solingen zwei weitere Kinder zur Welt brachten und hier längst ihren Lebensmittelpunkt gefunden hatten. Die Nichte Gülüstan war gerade zu Besuch bei ihrer Familie in Deutschland, als sie das Opfer des rechtsextremen Anschlags wurde. Die ermordeten Mädchen und Frauen wurden auf Wunsch der Familie in Mercimek beerdigt. Das Haus der Familie Genç wurde abgerissen, fünf Kastanien wurden zur Erinnerung an die Opfer an den Ort des Anschlags gepflanzt, ein kleines Schild erinnert an den Brandanschlag. Die Morde haben Wut, Ohnmacht, Widerspruch und Solidaritätsbekundungen hervorgerufen.

Die Gründung des IDA-NRW

Im Jugend- und Sozialministerium des Landes NRW arbeiteten damals der spätere Staatssekretär Klaus Schäfer und der ehemalige Abteilungsleiter Integration, Anton Rütten, die sich dafür einsetzten, dass das Land eine Fachstelle zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus bekommt. Im Herbst 1994 wurde IDA-NRW gegründet und aus dem damals auf drei Jahre angedachten Projekt ist mittlerweile eine anerkannte Fachstelle zu den Themen Rassismus- und Antisemitismuskritik und Rechtsextremismusprävention geworden, die Dank der kontinuierlichen Förderung durch das Jugendministerium des Landes NRW zu einer festen Anlaufstelle für Multiplikator*innen und Fachkräfte der Jugendsozial- und -bildungsarbeit sowie

der Jugendverbände geworden ist, die Ansprechpartner ist für ratsuchende Eltern rechtsextrem orientierter Jugendlicher und bei der seit sieben Jahren auch die Opferberatung Rheinland angesiedelt ist, die den Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt juristische und psychosoziale Beratung und Begleitung anbietet. Seit 2017 setzt sich bei IDA-NRW das projekt.kollektiv zum Ziel, rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht (weiter-)zu entwickeln und Impulse zu setzen, um Rassismuskritik und Empowerment-Ansätze landesweit in den Strukturen der Jugendarbeit zu verankern

Zustände in Deutschland

Wir erleben derzeit extreme Polarisierungen rassistischer und rechtspopulistischer Stimmungsmache, wenn es um das Thema Migration geht. Die Debatten kreisen um das Thema Migration, Flucht und Islam und die damit einhergehende Frage bzw. Herausforderung ist, wie mit gesellschaftlicher Heterogenität angemessen umzugehen sei. Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass die Konfliktlinie nicht immer an der Kategorie Migration, sondern zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen von Pluralität verläuft, wie es die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan treffend beschreibt: „Migration ist nur die Chiffre, hinter der sich vielfältige Konflikte im Umgang mit Pluralität verstecken: Umgang mit Gender-Fragen, Religion, sexueller Selbstbestimmung, Rassismus, Schicht und Klasse, zunehmende Ambiguität und Übersichtlichkeit usw.“[1] Das Problem dieses „Migrationsschleiers“, der diese Komplexität verdeckt, liegt darin, dass in den letzten Jahren die o. g. Themen mit Migration verknüpft wurden und nicht als Themenfelder wahrgenommen wurden, die auch ohne Migrationsbezug von höchster Relevanz sind. So stürzen sich Rechtspopulist*innen auch hier auf die Chiffre „Migration“ und schotten sich gegen jegliche Form von einem pluralen Verständnis einer postmigrantischen Gesellschaft ab. Wir stellen fest, dass rassistische und rechte Einstellungen, Ablehnung und offene Feindseligkeit bzw. Enthemmungen gegenüber Black, Indigenous und People of Color (BIPoCs)[2] als sog. Migrationsandere nicht nur verbreitet sind, sondern in den letzten Jahren zugenommen haben. Rechtspopulistische Parteien sind im Landesparlament sowie auf kommunaler Ebene in Nordrhein-Westfalen vertreten. Im Fokus ihres parlamentarischen wie außerparlamentarischen Handelns stehen zunehmend direkt oder indirekt auch Jugendverbände und Träger der Kinder- und Jugendarbeit. Im Rahmen von z. B. Kleinen Anfragen werden dabei u. a. Themen wie Jugendarbeit, politische Bildung, Rassismus, zivilgesellschaftliches Engagement und Förderung, kulturelle Fragen, Diversität und Gender, Flucht und Asyl und/oder Islam aufgegriffen und ihre Sinnhaftigkeit infrage gestellt. Laut den Opferberatungsstellen in NRW ist Rassismus das häufigste Tatmotiv. Hassbotschaften in den sozialen Netzwerken und verbale sowie tätliche Angriffe besonders auf sog. Migrationsandere geflüchtete, jüdische und muslimische (oder als solche markierte) Menschen haben in einem Ausmaß zugenommen, dass sie als Teil unserer gesellschaftlichen Realität nicht mehr ignoriert werden können. Allerspätestens diese Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass Rassismus weder ein Phänomen der Vergangenheit ist, noch sich auf den rechten ‚Rand‘ der Gesellschaft beschränkt, sondern fest in der Mitte verankert ist.

Das postnationalistische Rassismusverständnis stellt für die rassismuskritische Arbeit immer noch eine große Herausforderung dar, denn es verknüpft Rassismus mit dem Nationalsozialismus und beruft sich auf lediglich individuelle Einstellungen bzw. Verhaltensmuster von Menschen am sogenannten Rand der Gesellschaft.

Rassismus ist ein Phänomen in der Mitte der Gesellschaft, welches Menschen sowohl individuell als auch institutionell-strukturell ausgrenzt. Rassismus verletzt die Würde und die Rechte von Menschen. Menschen werden aufgrund bestimmter (zugeschriebener) Merkmale wie Fluchthintergrund, Hautfarbe, Religion und/oder Kultur hierarchisiert und homogenisiert. Je nach Positionierung wird Individuen und Gruppen ein unterschiedliches Maß an Anerkennung, Wertschätzung und Handlungsmöglichkeiten zugestanden. Die grundlegende Unterscheidungsform beruht auf der Gegenüberstellung eines natio-ethno-kulturellen „Wir“ und „Ihr“, die durch gesellschaftliche und strukturelle Praktiken aufrechterhalten werden. Die entsprechenden Zuschreibungs- und Ausgrenzungspraktiken führen zu sozialer Ungleichheit und Benachteiligung einzelner Individuen und Gruppen auf individueller, struktureller, kultureller und institutioneller Ebene.

Bei einer Analyse dessen sind besonders die historischen, sozial-strukturellen und gesetzlichen Kontexte zu durchleuchten. Begriffe wie „Rasse“, die ihre Hochkonjunktur im Nationalsozialismus hatten, werden heute zwar vermieden, werden jedoch durch andere Begriffe wie „Kultur“ oder „Identität“ oder „Ethnie“ ersetzt.

So schreibt Theodor W. Adorno in „Schuld und Abwehr“ 1955:

„Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für

1 https://www.rosalux.de/publikation/id/14762/blick-hinter-den-schleier/

2 Black, Indigenous, People of Color (BIPoC) bedeutet „Schwarze und Indigene / Person(en) of Color“. Ein Begriff, der die Intersektionalität im Hinblick auf die „Minderheiten“-Erfahrung erweitert. PoC (People / Person(en) of Color) bezeichnet Nicht-Weiße Personen in der westlichen Zivilisation. Mit dem I werden indigene Identitätsgruppen benannt, die zu den am stärksten unterdrückten Menschen gehören.

den brutalen Herrschaftsanspruch."

Seit der Aufdeckung der Morde des NSU gewinnt institutioneller und struktureller Rassismus im gesellschaftlichen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland an Bedeutung. Im Mittelpunkt der Diskussion steht häufig das behördliche Versagen von Polizei und Verfassungsschutzämtern bei der Verhinderung von rechter und rassistischer Gewalt und Terror. Doch auch Wir in der Bildungsarbeit müssen den Blick auf die Strukturen und Rahmenbedingungen in unseren eigenen Institutionen und Organisationen richten, in denen immer noch eine nahezu prämigrantische Realität herrscht, die von Weißen, christlichen und heterosexuellen Männern geprägt ist, wie es Birgit Rommelspacher in ihrem Werk Dominanzkultur beschreibt.

Wir müssen uns kritisch fragen, was wir in den 25 Jahren erreicht haben. Gibt es heute weniger Rassismus und Rechtsextremismus in NRW als vor 25 Jahren? Haben wir weniger Opfer rechten Terrors zu beklagen? Wie werden Betroffene und Minderheiten vor Rassismus und Antisemitismus geschützt? Ist diese Gewalt geringer geworden in all den Jahren unseres Engagements und mit den zahlreichen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure? Sind die Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe rassismuskritisch und migrationspädagogisch geöffnet? Sind BIPoC in allen gesellschaftlichen Bereichen repräsentiert? Sind die Debatten in den Medien, Parlamenten und am Stammtisch heute weniger rassistisch? Ist die Gesetzgebung für Geflüchtete, Asylsuchende, Migrierende mehr an den Bedürfnissen der Schutzsuchenden orientiert.

Konsequenzen für unsere Arbeit

Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus ist notwendig und wichtig für eine professionelle und diskriminierungskritische Jugendarbeit, weil sie die pädagogische Arbeit weiterentwickelt und voranbringt. Sie ist ein wichtiges Mittel für den Abbau rassistischer, nationalistischer und menschenfeindlicher Einstellungen in der Gesellschaft.

Rassistische Gewaltverhältnisse wirken in allen gesellschaftlichen Bereichen und müssen zwangsläufig enttarnt, reflektiert und verändert werden. Wenn die Kinder- und Jugendarbeit sich an alle jungen Menschen richtet, dann muss die Beschäftigung mit Rassismus notwendiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit sein, denn Rassismus ist ein Thema, das für Alle relevant ist. Nun ist klar, dass ein*e einzige Mitarbeiter*in of Color in einer pädagogischen Einrichtung, ein*e Sozialarbeiter*in in einer Flüchtlingsunterkunft, die Jugendleiter*in beim Jugendverband weder für das Thema Rassismus alleine zuständig ist und sein kann, noch die kommunale oder bundesweite Politik dauerhaft kritisieren und verändern kann. Aber es reicht eben nicht aus, nur gute Kinder- und Jugendarbeit zu leisten. Strukturelle Veränderungen sind notwendig.

Rassismuskritische Öffnungsprozesse sind herausfordernd und anspruchsvoll zugleich, da man in einem ständigen Prozess ist, die eigene Haltung zu reflektieren und zu verändern. Häufig sind Pädagog*innen verunsichert, wie eine rassismuskritische Arbeit vor Ort in der pädagogischen Praxis umgesetzt werden kann.

Wir brauchen Standards für eine rassismus- und antisemitismuskritische sowie migrationspädagogische Kinder- und Jugendarbeit, die sowohl individuell-professionelle als auch institutionelle und strukturelle Voraussetzungen bzw. Standards formulieren.

Wir müssen Netzwerke und Allianzen schaffen, Verbündete suchen, die ihre Aufgabe darin sehen, die rassistischen und diskriminierenden Rahmenbedingungen zu problematisieren und letztlich zu verändern – Etwas, was die*der Mitarbeiter*in of Color in der pädagogischen Einrichtung oder die*der Jugendleiter*in im Jugendverband nicht schafft, aber vielleicht sein*ihr Verband. Jugendverbände und vor allem die entsprechenden Dachverbände (Jugendringe), der Sportbund, die Gewerkschaften, Kirchenleitungen etc. sind die Ebenen, die die Problemlagen an der Basis kennen und die die Kanäle zur Politik haben, um für eine andere Politik einzutreten.

Zugleich sollten sich Schulen, Jugendverbände, Häuser der Offenen Tür, Bildungseinrichtungen noch entschiedener den Herausforderungen der Migrationsgesellschaft stellen, z. B. indem sie Zugangsbarrieren für People of Color abbauen, diversitätsbewusste und migrationssensible Fachkräfte mit unterschiedlichen Positionierungen einstellen, die rassistischen und diskriminierenden Äußerungen grundsätzlich entschlossen entgegentreten, sich für einen diskriminierungsfreien und empowermentorientierten Raum einsetzen, proaktiv und auf Augenhöhe auf Selbstorganisationen zugehen und Solidarität als bedeutsames Bildungsziel verstehen. Die Lehrenden und Fachkräfte selbst sollten die Realität der Mehrfachzugehörigkeit anerkennen, Heterogenität als Normalität begreifen, rassistische Zugehörigkeitsordnungen, also die Unterscheidung zwischen uns, den angeblich Nicht-Zugehörigen und den fraglos Zugehörigen immer wieder infrage stellen. Eine selbstreflexive, rassismus- und machtkritische Pädagogik, die den Realitäten einer Migrationsgesellschaft gewachsen sein sollte, steht nicht erst im Jahr 2019 vor enormen Herausforderungen.

Es geht also um Deutungs- und Definitionsmacht, die nicht erst seit dem Aufstieg der AfD vereinnahmt wird, um Menschen rassistisch zu diskreditieren. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Rekurs auf die Worte von James Baldwin:

„Now, what I have been trying to suggest in all this is that the only useful definition of the word ‚majority' does not refer to numbers, and it does not refer to power; it refers to influence."

(*Ich habe versucht, darauf hinzuweisen, dass sich die einzig nützliche Definition des Wortes „Mehrheit" nicht auf Zahlen und nicht auf Macht bezieht. Sie bezieht sich auf Einfluss.*)

Über eine „Mehrheit" in Baldwins Sinne verfügt, wer beeinflussen kann, wie oder worüber gesprochen wird, welche Formen des Umgangs miteinander, welche Praktiken und Überzeugungen als normal gelten. „Diese Mehrheit, nach der alle suchen", so schließt James Baldwin seine Ansprache am Kalamazoo College im Jahr 1960, „diese Mehrheit, [...] die unsere gegenwärtige Situation bestreiten muss und Standards zu formulieren vermag, was ein Mensch sein kann, diese Mehrheit seid ihr." Werden Wir dieser Verantwortung gerecht.

In diesem Sinne möchten wir im Rahmen dieser Tagung Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie Rechtsextremismusprävention verbinden, und gleichzeitig Leerstellen, Spannungsfelder und Widersprüche problematisieren. Die Leitfrage wird sein, wie Allianzen geschaffen und gestärkt werden können, um rassistische Gewaltverhältnisse nicht nur zu benennen, sondern auch zu verändern, denn die gesellschaftlichen Machtverhältnisse bestimmen die Möglichkeiten und Grenzen unseres Handelns gegen Rassismus und die Art und Weise des Verbündetseins.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Landesministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) zu danken für die finanzielle Unterstützung zur Durchführung dieser Tagung und ein herzliches Dankeschön meinen Kolleg*innen Meltem Büyükmavi, Sonja Ventura und Roxana Gabriel auszusprechen für die Planung, Organisation und Unterstützung dieser Tagung. Wir freuen uns sehr über die große Resonanz und wünschen uns allen eine anregende und erkenntnisreiche Tagung. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf María do Mar Castro Varela's Vortrag.

Autorin

Karima Benbrahim ist Diplompädagogin und Leiterin der landesweiten Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention IDA-NRW. Neben den Schwerpunktthemen Rassismus(kritik), Empowerment und Rechtsextremismus in der politischen Bildungs-arbeit legt sie einen Fokus auf rassismuskritische und diversitätsbewusste Öffnungsprozesse in Institutionen.

„Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen"

Aktualisierende Bemerkungen zum Thema

// Stephan Bundschuh

Dieser Artikel beruht auf einem Vortrag[1], mit dem ich mich vor rund 10 Jahren von IDA verabschiedete und der das Problem thematisierte, dass in politischen Kreisen zwar recht viel über Rechtsextremismus (die Mordtaten des NSU aber waren bis dato unbekannt), aber ungern über Rassismus gesprochen wurde. Im Vortrag wurde verhandelt, dass es bei den beobachtbaren Ausgrenzungen und Diskriminierungen nicht um bedauerliche Randthemen, sondern um zentrale Probleme dieser Gesellschaft gehe. Es wurde nach einem grundsätzlichen Zusammenhang zwischen rechten Phänomenen und grundlegenden gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen gefragt.

In diesem Kontext rekurrierte ich damals auf Max Horkheimers berühmten Aufsatz „Die Juden und Europa" von 1939, in dem er den Zusammenhang von Nationalsozialismus und kapitalistischen Produktionsverhältnissen offenlegte. Dabei betonte er, dass eine Rede und Kritik des Nationalsozialismus hilflos sei, wenn sie an der Oberfläche verbleibe und nicht den Nationalsozialismus als eine spezifische Gesellschaftsform auffasse, die zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort als Sozialformation die Aufgabe habe, die Akkumulation des Kapitals in einer Krisenzeit zu gewährleisten. Daraus resultiert auch die Formulierung zu Beginn des Aufsatzes, dass, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, auch vom Faschismus schweigen solle (Horkheimer 1939, 115). Horkheimer hält selbstverständlich das Umgekehrte für richtig: Um den Faschismus wissenschaftlich richtig zu analysieren und ihn politisch effektiv bekämpfen zu können, müsse man auch den Kapitalismus kritisch in den Blick nehmen und ihn überwinden.

Bei meiner Rede über Rassismus ging ich 2010 noch davon aus, dass der Rassismus zwar funktional, aber nicht gleich fundamental wie der Kapitalismus für unsere Gesellschaft sei. Es steckte durchaus ein Moment des Ableitungsverhältnisses darin, also die unausgesprochene Annahme, dass Rassismus, Sexismus oder Ableismus so etwas wie nachrangige Diskriminierungsformen in Relation zum Klassismus, also zur Klassengesellschaft seien. Heute stellt sich dies unter dem

1 Das Vortragsmanuskript wurde veröffentlicht im Überblick 4/2010, siehe https://www.ida-nrw.de/fileadmin/user_upload/ueberblick/Ueberblick_4_10.pdf.

Gesichtspunkt der Intersektionalität etwas anders dar. In der Rassismuskritik gelten Rassismus, Kapitalismus, Sexismus und Ableismus als ineinander verschränkte, aber nicht auseinander ableitbare Herrschaftsformen. Sie besitzen eigene Machtdynamiken, aber nur in ihrer Verwobenheit ineinander gewährleisten sie die Reproduktion gegenwärtiger moderner Gesellschaften mit ihren Machtstrukturen. Was in der Rassismuskritik längst zum Allgemeinplatz geworden ist, ist öffentlich keineswegs grundsätzlich anerkannt. Zwar werden Rassismus, Kapitalismus, Sexismus und andere Herrschaftsformen wiederholt kritisiert, eine Infragestellung beispielsweise des kapitalistischen Wertgesetzes und Eigentumsrechts erfolgt jedoch nur in überschaubaren Zirkeln, rassistische Tendenzen und koloniale Raubzüge werden nur zögerlich zugegeben.

Was hat sich nun in den letzten zehn Jahren getan? Kaum lassen sich die verschiedenen Tendenzen vollständig nachzeichnen, zu viel ist in Bewegung geraten. Ganz offensichtlich zeichnet sich die Krise des Neoliberalismus – der Anfang der 1970er Jahre beginnt (Nachtwey 2016) – ab. Wir befinden uns im Übergang zum Postneoliberalismus, der sowohl einen verstärkten nationalistischen Protektionismus und Partikularismus als auch eine erweiterte moralisch-politische Globalisierung unter solidarischen und nachhaltigen Vorzeichen aufweist.

Die politischen und sozialen Bewegungen gegen den Neoliberalismus sind jedenfalls mehrdeutig: Einerseits ist ein zunehmender Autoritarismus, nationalistischer Chauvinismus und ökonomischer Protektionismus zu verzeichnen, andererseits gibt es weltweit Protestbewegungen gegen autoritäre Regime (so der Arabische Frühling von 2011) und globale Bewegungen, die andere Vergesellschaftungsmuster antizipieren, auch wenn sie sich aktuell nicht durchsetzen können (Kraushaar 2012). Heute kann auch vom Jahrzehnt globaler Fluchtbewegungen gesprochen werden. Obwohl sich Europa hier humanitär imaginiert und gar befürchtet, zum globalen Spielball und Ziel der Geflüchteten aus aller Welt zu werden, zeigt ein Kommentar des US-amerikanischen Intellektuellen Noam Chomsky, dass ein unvoreingenommener Blick von außerhalb Europas bezüglich des europäischen Umgangs mit Flüchtlingen aus Afrika erheblich skeptischer ausfällt:

„Ich bin sehr kritisch gegenüber den Vereinigten Staaten. Doch Europa ist um einiges schlimmer, ja viel schlimmer. Dies gilt auch für Merkel-Deutschland, das als liberal betrachtet wird. Es ist einfach viel schlimmer als hier. Ein Beispiel hierfür ist die Reaktion Europas gegenüber Menschen, die aus Afrika fliehen. Wie bereits erwähnt, hat Europa eine gewisse Vergangenheit in Afrika. Europa hat Afrika zerstört und ausgeplündert. Es gab den Sklavenhandel, europäische Invasion, sehr viel Gewalt und all diese Dinge. Auch das liegt nicht so lange zurück. Es reicht bis in die Gegenwart. […] nun fliehen Menschen aus dem verwüsteten Afrika nach Europa, doch was tun die Europäer? Wir wissen, was sie tun, und das ist einfach ein monströses Verbrechen. Ich finde kaum Worte, die das beschreiben könnten. Ich denke, dass Europa in vielerlei Hinsicht rassistischer ist als die USA" (Chomsky 2018, 153f.).

Nun, das ist für Europäer überraschend, es scheint skandalös oder sogar bösartig, zumindest aber der Senilität Chomskys – eines zur Zeit des Interviews 89-jährigen Mannes – geschuldet, dass Europa rassistischer sein solle als Trump-Land. Tatsächlich schaffen es Europa und Deutschland immer wieder, ihren Rassismus auf die USA oder in die eigene Geschichte zu projizieren und damit die eigene Gegenwart als geläutert darzustellen. Das ist übrigens ein besonderes Kennzeichen des Postrassismus, wie David Theo Goldberg (2015) ihn schildert. Chomsky korrigiert diese Selbsttäuschung. Allerdings sind wir über den Postrassismus wiederum weit hinaus. Im rechten Lager zeigen sich besorgniserregende Tendenzen: ein rechter Terrorismus und ein dynamischer Rechtspopulismus. In der Gesellschaft zeigen sich darüber hinaus stabil hohe Zustimmungsraten zu im weiteren Sinne als rassistisch einzustufenden Einstellungen und alltägliche antisemitische und antimuslimische Angriffe und Beleidigungen.

Rechter Terror

Das Jahr 2011 verzeichnet wenigstens zwei furchtbare Ereignisse, die die faktische Dimension extrem rechter Gesinnung in Europa in besonderer Weise deutlich machten. Zum einen ereigneten sich der Bombenanschlag in Oslo und das Massaker auf der Insel Utøya, bei dem ein Rechtsextremist und Psychopath viele insbesondere junge Menschen umbrachte. Wenig später wurde bekannt, dass die rechte Terrorzelle NSU eine über 10-jährige rassistische Anschlags- und Mordspur in Deutschland hinterließ. Selbst rassismuskritische Organisationen hatten so etwas im Gegensatz zu Betroffenen der Attentate nicht vermutet. Weitere Attentate rechter Couleur ließen sich auflisten, so aktuell die offensichtlich extrem rechts motivierte Ermordung des nordhessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Bei diesem Fall zeigt sich eine neue Aufmerksamkeit ermittelnder Behörden, nun doch politische Motive relativ frühzeitig in Betracht zu ziehen, um nicht ähnlich Schiffbruch zu erleiden wie bei den jahrelangen ergebnislosen Ermittlungen zu den Morden des NSU. So wurde die ehemalige Bundesjustizministerin Katharina Barley in der Süddeutschen Zeitung mit dem Satz zitiert: „Es war eine Lehre aus der Mordserie des NSU, dass rechtsextremistische Motive sehr viel früher und intensiver geprüft werden" (SZ vom 18. Juni 2019, S. 1). Die Journalistin Annette Ramelsberger titelte ihren Kommentar gar mit „Die braune RAF" (SZ vom 18. Juni 2019, S. 4). Ungeachtet des wenig ergiebigen Rechts-

Links-Vergleichs, der eher wieder die Gemüter der die Gesellschaft tragenden Mittelschichten beruhigt, indem das Problem an die Ränder verlagert wird, weist der Beitrag jedenfalls darauf hin, dass man sich um unsere Gesellschaft Sorgen machen müsse. Die Autorin spricht vom rechten Terrorismus als einem „metastasierenden Gewaltgebilde, das an vielen Stellen unvermittelt aufbrechen kann“ (ebd.).

Rechtspopulismus

Just die Unmittelbarkeit ist genau das Konzept rechter Politik und Gesellschaftsvorstellung. So schreibt Max Horkheimer in Bezug auf den Nationalsozialismus:

„Aber die totalitäre Ordnung ist nichts anderes als ihre Vorgängerin, die ihre Hemmungen verloren hat. Wie alte Leute zuweilen so böse werden, wie sie im Grunde immer waren, nimmt die Klassenherrschaft am Ende der Epoche die Form der Volksgemeinschaft an. Den Mythos der Interessenharmonie hat die Theorie zerstört, sie hat den liberalistischen Wirtschaftsprozess als Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen vermittels freier Verträge dargestellt, die durch die Ungleichheit des Eigentums erzwungen werden. Die Vermittlung wird jetzt abgeschafft. Der Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft [...]. Er fixiert die extremen Unterschiede, die das Wertgesetz am Ende produzierte“ (Horkheimer 1939, S. 116).

Entsprechend lautet die These heute, dass Rassismus und eine erneuerte rechte Bewegung mögliche ‚Wahrheiten' des Neoliberalismus sind, die diesen aufheben, um seine Herrschaftsstruktur fortzusetzen. Die in Europa und Deutschland zu beobachtenden rechten Bewegungen sind also nicht einfach als Feinde der Demokratie, sondern als konsequente Weiterentwicklung eines demokratischen Kapitalismus zu betrachten, um die Akkumulation des Kapitals, mit weißer Herrschaft verknüpft, aufrecht zu erhalten. Die Forderung nach direkter Demokratie seitens der neuen Rechten ist eine Forderung nach Aufhebung der institutionellen Vermittlungsfunktionen, die beispielsweise Parlamente und Abgeordnete innehaben.

2010 war nicht absehbar, dass sich so zügig – nämlich bereits 2013 – mit der AfD eine rechtspopulistische Partei gründen würde, die im Jahr 2019 bereits in einigen Bundesländern zur größten Landtagsfraktion werden könnte. Sie hat sich die Unmittelbarkeit der Politik auf die Fahne geschrieben und entwendet der Linken den Slogan der direkten Demokratie als Aushebelung repräsentativer demokratischer Formen. Aufgrund der rechtspopulistischen Wirksamkeit konnte jüngst die Frage nach dem Verhältnis von Rassismus zu Rechtsextremismus in die Frage nach dem Verhältnis von Rassismus und Rechtspopulismus umgewandelt und die These aufgestellt werden, dass „Rassismus und Rechtspopulismus nicht voneinander zu trennen sind“ (Seng 2019, 49).

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismuskritik

Dies spiegelt sich auch in der Wissenschaftslandschaft und kritischen Analyse des rechten Felds. In der jüngsten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld werden Ansätze zur Erforschung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von Rechtsextremismus und von Rechtspopulismus zusammengeführt. So hilfreich diese Studien sind, da sie eine Langzeitbeobachtung bundesdeutscher Einstellungsmuster ermöglichen, so begrenzt ist von Anfang an und nach wie vor ihr Rassismusbegriff. In der aktuellen Studie heißt es beispielsweise zum Begriff Rassismus im Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF):

„Rassismus definieren und messen wir in der Form von generalisierenden Einstellungen und Ideologien, welche die Abwertung durch eine vermeintlich biologische und ideologisch konstruierte »natürliche« Höherwertigkeit der Eigengruppe ausdrückt wie rechtfertigt. Wir messen dabei einen traditionellen ethnisch-biologischen Rassismus. Rassismus kann sich auch in den anderen GMF-Elementen zeigen, wie z. B. in antimuslimischem Rassismus oder rassistischer Fremdenfeindlichkeit. Dabei kommt allerdings eher ein kultureller Rassismus zum Ausdruck. Mit Blick auf eine Differenzierung unterschiedlicher Elemente von GMF bezeichnen wir die anderen Elemente nicht per se als rassistisch, zumal es auch Zuschreibungen von Ungleichwertigkeit ohne rassistischen Reflex gibt“ (Zick/Küpper/Berghan 2019, 58f.).

Rekurriert man auf die rassismuskritische Forschung, so werden dort wenigstens sechs von insgesamt dreizehn Items der GMF unter Rassismus als Diskriminierung unter Bezug auf natio-ethno-kulturelle Differenzkonstruktionen gezählt: „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Abwertung von Sinti und Roma, Abwertung asylsuchender Menschen“ (Zick/Küpper/Berghan 2019, 58). Just der Terminus „Fremdenfeindlichkeit“ stößt rassismuskritisch geschulten Personen unangenehm auf, wird dieser Begriff doch nunmehr seit knapp 30 Jahren stichhaltig kritisiert und ist er deshalb eigentlich ad acta gelegt. Obwohl die Problematik des Begriffs durchaus bekannt ist (Zick/Küpper/Berghan 2019, 59 Fußn. 2), wird er in den GMF-Studien dennoch weiterverwendet.

Die Rassismuskritik hat einen auf den ersten Blick weiteren, auf den zweiten Blick aber ganz anders gelagerten Rassismusbegriff. Ihr geht es nicht um den Blick auf

die Objekte des Rassismus, so als ob diese essentiell etwas zum rassistischen Vorurteil beitragen würden, sie zielt auch nicht auf individuelle Einstellungen ab, sondern definiert Rassismus als relationales Verhältnis zwischen Täter und Opfer innerhalb einer sozialen Struktur, die individuell, institutionell, strukturell und epistemisch rassistische Binarität begründet und materialisiert (Hall 2000, Paul 2019). „Der übergeordnete Begriff ‚Rassismus' erlaubt dabei eine systematische vergleichende Perspektive auf unterschiedliche Rassismen, ermöglicht die Übertragung theoretischer Erkenntnisse (z. B. aus der Antisemitismusforschung, der Erforschung der Kolonialrassismen usw.), öffnet den Blick auf strukturelle Zusammenhänge verschiedener Rassismen" (Bojadzijev et al. 2019, 66, Hervorhebungen im Original). „Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis" verstanden macht aus der Rassismuskritik eine „kritische Gesellschaftsforschung" (Bojadzijev et. al. 2019, 65, Hervorhebung im Original).

Es ist zu konstatieren, dass zwischen der Rassismuskritik und Forschungen im Bereich des Rechtsextremismus oder von GMF in den letzten Jahren kaum Annäherungen stattfanden, obwohl Zick et al. in einer Fußnote betonen: „Wir denken nicht, dass sich diese verschiedenen Rassismusdefinitionen grundsätzlich ausschließen, und gehen nicht davon aus, dass sich Vorurteils- und Rassismuskritik ausschließen müssen" (Zick/Küpper/Berghan 2019, S. 59, Fußn. 1). Eher ist gar eine verschärfte Kontroverse der unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachrichtungen und Schulen zu verzeichnen, was wissenschaftstheoretisch und wissenschaftspolitisch zu verstehen ist. In den öffentlichen Diskurs hat der kritische Rassismusbegriff bislang kaum Eingang gehalten. Dies zeigt sich „in öffentlichen Debatten [... i]n der Konzentration auf rechtsextreme Milieus und gewaltbereite Subkulturen; in der Naturalisierung von rassistischem Verhalten als Reflex auf verstärkte Zuwanderung oder sozialen Abstieg; oder in der Reduktion von Rassismus auf einen Teilaspekt eines Syndroms von Vorurteilen" (Bojadzijev et al. 2019, 61).

Ausblick: Sprung in die Freiheit

Es wurde gesagt, der Rechtspopulismus wäre eine mögliche Wahrheit des Neoliberalismus, sein konsequentes Erbe. Es wäre aber auch – wie Horkheimer schreibt – ein „unnatürliches Ende" des Neoliberalismus möglich: „der Sprung in die Freiheit" (Horkheimer 1939, 134). Der Neoliberalismus – von Nachtwey als „regressive Moderne" bezeichnet – hat auch gesellschaftliche Fortschritte zu verzeichnen: eine zunehmende Geschlechtergleichstellung, eine Sensibilität gegenüber Minderheiten, ein verstärktes ökologisches Bewusstsein und weltweite kommunikative Vernetzungen, unter anderem durch digitale Medien. Es gibt alternative real existierende Vergemeinschaftungsformen. Eine andere, gerechtere und nachhaltige menschliche Vergesellschaftung ist möglich (Wright 2017, Oswald 2019). Dagegen ist die „faschistische Verstaatlichung, die Aufstellung eines terroristischen Parteiapparats neben der Administration, [...] das Gegenteil von Vergesellschaftung" (Horkheimer 1939, 125).

Autor

Prof. Dr. Stephan Bundschuh lehrt Kinder- und Jugendhilfe am Fachbereich Sozialwissenschaften der Hochschule Koblenz.

Literatur

Bojadzijev, Manuela/Braun, Katherine/ Opratko, Benjamin/ Liebig, Manuel (2019): Rassismusforschung in Deutschland. Prekäre Geschichte, strukturelle Probleme, neue Herausforderungen. In: Hafeneger, Benno/Unkelbach, Katharina/ Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Rassismuskritische politische Bildung. Theorien — Konzepte — Orientierungen. Frankfurt/ Main, S. 59-73.

Bundschuh, Stephan (2010): Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen. Perspektiven unserer Arbeit. In: Überblick 16, Nr. 4, S. 4-7.

Chomsky, Noam (2018): Kampf oder Untergang! Warum wir gegen die Herren der Menschheit aufstehen müssen. 2. Auflage. Frankfurt/Main.

Goldberg, David Theo (2015): Are we all postracial yet? Cambridge/Malden.

Hall, Stuart (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Räthzel, Nora (Hrsg.): Theorien über Rassismus, Hamburg, S. 7-16.

Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung. Jg. 8. Doppelheft 1/2, 115-137.

Kraushaar, Wolfgang (2012): Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung. Hamburg.

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.

Oswald, Christian (2019): Jenseits des Arbeitszwangs. Thesen zu einer anderen Gesellschaft. Münster.

Paul, Jobst (2019): Der binäre Code. Leitfaden zur Analyse herabsetzender Texte und Aussagen. Frankfurt/Main.

Seng, Sebastian (2019): Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtspopulismus schweigen. In: Hafeneger, Benno/Unkelbach, Katharina/Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Rassismuskritische politische Bildung. Theorien – Konzepte – Orientierungen. Frankfurt/Main, S. 45-57.

Wright, Erik Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Berlin.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.) (2019): Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn.

Rassismuskritische Reflexivität und kontrapunktische Solidarität[1]

// María do Mar Castro Varela

In Zeiten zunehmender rechter Gewalt ist es unabdingbar eine rassismuskritische Reflexivität zu praktizieren, die Abstand nimmt von einem wenig durchdachten Aktionismus. Stattdessen gilt es den notwendigen Antirassismus an ein differenziertes Nachdenken und eine ethische, solidarische Praxis zu binden. Bildung spielt hier eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Wenn Pädagogik nicht harmlos ist (vgl. etwa Castro Varela 2015), dann muss sie ins Zentrum politischer Analysen gerückt werden. Das ist aus zweierlei Gründen nicht ganz einfach: Einerseits verwehren sich viele pädagogische Akteur_innen dagegen dies zu tun, weil sie der Meinung sind, Politik und Pädagogik seien zwei getrennte Felder. Anderseits finden auch viele politische Aktivist_innen, dass Pädagogik nicht wirklich was in der politischen Praxis zu suchen hat. Es ist also ein doppelter Überzeugungskampf gegen hegemoniale Wissensvorstellungen, der geführt werden muss.

Postkoloniale Studien konnten überzeugend aufzeigen, dass und wie im Prozess der Kolonisierung lokale Wissensbestände nicht nur disqualifiziert, sondern auch gelöscht wurden. So verschwanden nicht nur hunderte von Sprachen, sondern es wurden auch nicht eurozentrische Weltvorstellungen und Lebenspraxen vernichtet. Boaventura de Sousa Santos (2016, S. 124) spricht in diesem Zusammenhang zu Recht von einem Epistemizid und plädiert für eine kognitive Gerechtigkeit, die die soziale Gerechtigkeit notwendigerweise ergänzen sollte. Mauern werden nicht nur gebaut, um außereuropäische Migrant_innen davon abzuhalten, ihr Recht auf Mobilität zu leben. Mauern umgrenzen auch das eigene Denken. Unser Denken ist ein erlernt eingeschränktes Denken. Ein erbärmliches Denken. Die meisten Pädagog_innen haben nur Zugang zu westlichen Texten (manchmal auch nur zu anglo-amerikanischen und nordeuropäischen Schriften). Ihr Wissen ist mithin, auch wenn es sich kritisch geriert, begrenzt; begrenzt durch eine „machtvolle Schweigen produzierende Maschine" (powerful silencing machine; Santos 2016, S. 11).

Die Vereinnahmung von Wissen ermöglichte, wie Edward Said (1978) darlegt, die Beherrschung der kolonisierten Subjekte. Wird die Aneignung von Wissen ernst genommen, so wird auch klar, warum postkoloniale Theorien zwangsläufig ein ambivalentes Verhältnis zur Aufklärung haben und nicht eine einfache Abweisung propagieren (vgl. Dhawan 2014). Es ist ein ambivalentes Verhältnis, welches wir vis-à-vis der Aufklärung einnehmen sollten, welches uns auch beim Nachdenken über Pädagogik, Flucht und Migration leiten sollte. Bildungsprozesse nehmen nicht zufällig eine zentrale Position innerhalb von Dekolonisierungsprozessen ein. Das beinhaltet etwa Chancen für die zu schaffen, die über Jahrzehnte von Bildung ferngehalten wurden und werden. Was bedeutet aber das Zauberwort Partizipation, wenn wir dieses als Teil von Dekolonisierungsprozessen denken? Wer soll woran partizipieren? Wie kann diese Partizipation ermöglicht werden? Wie sieht eine Partizipation von Migrant_innen aus, die nicht gleichzusetzen wäre mit Integration? Und welche Rolle spielt hier Bildung? Postkoloniale und dekoloniale Ansätze rahmen die Herangehensweisen, Strategien und Taktiken, die insbesondere die Ermächtigung und politische wie auch soziale Partizipation von Menschen mit Migrations- und/oder Fluchterfahrungen zum Ziel haben. Doch es ist die immer noch wirkmächtige epistemische Gewalt, die die Zugänge zu Wissen kontrolliert und bewacht. Es formen sich informelle Grenzen, die Verschiebungen, Überlappungen, Irritierungen zu verhindern suchen. Diese Denkgrenzen zeigen sich dabei immer verwoben mit den gegenwärtigen Grenzregimes. Wie Dipesh Chakrabarty feststellt, besteht die

„Herrschaft einer Supermacht [...] zweifellos darin, dass diese auf ökonomischem, militärischem und technologischem Gebiet eine beherrschende Stellung innehat, ja nicht zuletzt auch unsere Vorstellungswelt prägt" (Chakrabarty 2010, S. 12).

Diese Analyse ernst nehmend, bestimmt Spivak Pädagogik als eine Praxis, die die zwangsfreie Neuanordnung von Begehren (uncoercive rearrangement of desires, Spivak 2008, S. 17; siehe auch Spivak 2012) zum Ziel hat. Damit verdeutlicht sie die Bedeutsamkeit von Bildungsprozessen bei der Subjektivierung. Es kann keine Aussage darüber gemacht werden, wie Subjekte geformt und in dieser Formung unterworfen werden, ohne auch einen Blick in Bildungsprozesse zu werfen. Die Art und Weise der Bildung, ihrer Methoden, ihrer Inhalte und der Strukturen, in der diese stattfinden, ermöglicht die gleichzeitige Produktion imperialer wie auch marginalisierter Subjekte. Erstere machen sich die Bildungsinstitutionen untertan. Schule und Hochschule werden genutzt, um sich sozial zu positionieren. Erlernt wird das Herrschen und die dazu gehörenden Rechtfertigungspraxen.

1 Der vorliegende Text nutzt Teile von zwei bereits veröffentlichten Texten aus dem Jahre 2018: 1) „Erlaubter Wahnsinn. Migrationspädagogische und Postkoloniale Perspektiven in Theorie und Praxis", online: //www.schlau-werkstatt.de/wp-content/uploads/2018/09/Publikation-Jahrestagung-2017.pdf; 2) "Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit" Erwachsenenbildung und kontrapunktische Solidarität", in: Dokumentation der Tagung „Gegen den Strich. Solidarität in der Erwachsenenbildung, 29. – 30. Mai 2018, St. Wolfgang, Österreich, S. 18-30, https://www.bifeb.at/fileadmin/user_upload/doc/gegen_den_strich_dokumentation.pdf

Zu bedenken ist selbstverständlich, dass Bildung immer auch als Instrument der ideologischen Befriedung zum Einsatz gebracht wurde und nach wie vor wird. Wir müssen drum nicht nur darüber nachdenken, wie welches Wissen produziert wird, sondern auch darüber, wie dieses verwendet wird und wer Zugang dazu hat.

In Bezug auf das Wissen der Aufklärung schlägt Spivak (2012) eine affirmative Sabotage vor. Wie auch Chakrabarty geht sie nicht davon aus, dass es darum gehen kann, im globalen Süden nicht kontaminiertes Wissen zu finden, sondern darum, das Wissen der Aufklärung zu nutzen, um es gegen dieselbe zu richten.

„Aber das Europa, welches uns das politische Vokabular zur Kritik der Ungleichheit, Unterdrückung und Ungerechtigkeit geliefert und den Wert der Menschenrechte schätzen gelehrt hat, lebt für viele [im globalen Süden; MCV] fort. Sein Vokabular ist zu einem allgemeinen geworden. Und in diesem Sinne ist Europa auch ein Bestandteil von jedermanns Erbe." (Chakrabarty 2010, S. 14)

Während Chakrabarty das geteilte Wissen zum Ausgangspunkt einer die koloniale Grenzziehung überschreitenden Bündnispolitik machen will, so geht es Spivak darum, das Wissen der Aufklärung auch zu nutzen, um dem imperialen Denken des Westens etwas entgegenzusetzen.

De-essentialisierende Praxen und ethische Reflexe

Die meisten pädagogischen Praxen bleiben, wie kritisch sie auch immer sein mögen, einem nationalstaatlichen Denken verhaftet. Der nationalstaatliche Container wird immer wieder aufgerufen, ohne zu bemerken, dass ein solchermaßen methodologischer Nationalismus, wie wir ihn in migrationspädagogischen Schriften häufig finden, nicht in der Lage sein wird, sich der Komplexität von Wirklichkeit anzunähern. Bildungsdiskurse sind historisch geworden und stehen in einer Wechselwirkung mit globalen Ereignissen – egal ob ökonomischer oder politischer Art. Es ist nicht das, was im Versagen der Schulen deutlich wurde, die nicht wussten, wie mit Schüler_innen umzugehen, die nicht sofort Deutsch sprechen. Hat das Phantasma Flucht in der Pädagogik nicht vor allem deutlich gemacht, dass diese immer noch monokulturell ausgerichtet ist?

Wenn diese Analyse stimmen sollte, dann ist es eben nicht ausreichend, nationalstaatliche Diskurse zu verfestigen. Auch Rassismus kann nicht nur über ein „blaming the other" analysiert werden (auch wenn die „Anderen" hier die „Mehrheitsangehörigen" sind). Es ist für bildungstheoretische Auseinandersetzungen nicht ausreichend, wenn festgestellt wird, dass Schulstrukturen Schüler_innen, die Fluchterfahrungen haben, ausgrenzen. Es bleibt vielmehr problematisch, dass Schüler_innen, die in Familien mit Migrationsgeschichte aufgewachsen sind, immer noch als „Schüler_innen mit Migrationshintergrund" adressiert und unter Zuhilfenahme dieser Kategorie ausgrenzende Schulstrukturen analysiert werden. Sicher hat Spivak recht, wenn sie schreibt, dass wir nicht nicht-essentialistisch sein können, doch müssen wir uns zumindest bewusst machen, wann wir welche Subjekte wie und mit welchen Folgen adressieren. Kategorien rufen Assoziationen auf – und diese sind nie harmlos! Eine de-essentialisierende politische Praxis bemüht sich entsprechend einerseits darum, (globale) Verflechtungen sichtbar zu machen und anderseits Essentialisierungen (auch Selbstethnisierungen) aktiv zu begegnen. Dies setzt voraus, dass die stark verbreitete Praxis der Kulturalisierung irritiert wird. Hilfreich ist es dafür, sich die Wechselwirkungen von Kategorien anzuschauen, wie etwa ein (immer wieder ungleiches) Ineinandergreifen klassenspezifischer Ausgrenzung und Rassifizierungsprozessen. Dabei darf postkoloniales Denken nicht bei einem intersektionalen Blick stehen bleiben, der die sozialen Effekte bei sich überkreuzenden Diskriminierungen fokussiert (vgl. Dhawan/Castro Varela 2016), aber oft nicht in der Lage ist, die Gleichzeitigkeit der Entstehung differenter Diskriminierungen auszumachen.

Das Ziel eines postkolonialen Denkens im Sinne Spivaks ist es, „einen schlafenden ethischen Imperativ [...] [zu] aktivieren" (Spivak 2008, S. 48) und gleichsam Demokratisierung und Dekolonisierung im Gang zu halten. Das ist weit mehr als eine Praxis, die Differenzen toleriert und rassistische Strukturen anklagt. Der britische Philosoph Simon Critchley (2012) bemerkt pointiert, dass es eine Pflicht sei, ein Engagement hervorzubringen, das einer unendlich herausfordernden Ethik verpflichtet bleibt, die dem zeitgenössischen ideologischen Moralismus etwas entgegensetzen kann. Es geht darum, eine Ethik zu entwickeln, die uns herausfordert. Ethische Praxen sind anstrengend, sie fordern uns dazu auf, uns kontinuierlich zu hinterfragen. Dafür bedarf es Subjekte, die auch dann ethisch handeln, wenn es nicht um die Erhaltung ihrer partikularen Interessen geht. Die unterdrückten Klassen müssen den „Klassenhabitus des Gehorsams" verlernen, dieser muss „ohne Zwang [...] untergraben" werden (Spivak 2008, S. 74). Die imperialen Klassen dagegen müssen ihre imperialen Selbstverständlichkeiten verlernen.

Zu theoretisch?!

Die kritische Frage, die die Praxis immer wieder und manches Mal gewiss zu Recht erhebt, ist die der Brauchbarkeit dieser Diskurse für das konkrete Tun und die konkrete Praxis. Checklisten und klare Vorgaben sind meine Sache nicht, auch weil ich glaube, dass Checklisten im Grunde Probleme übertünchen, indem so getan wird, als wäre es möglich, Widersprüche durch ei-

nen Griff in die pädagogische Trickkiste zu überwinden. Dennoch möchte ich einige Eckdaten benennen, die eine postkoloniale Praxis, die migrationspädagogisch informiert ist, ausmachen könnten, ohne diese genauer zu erläutern. Sie seien hier als Ideentrigger verstanden, deren Ausgang nicht berechenbar ist.

Jede kritische Praxis sollte in hegemoniale Diskurse intervenieren und diese nicht stabilisieren. Wie sonst wäre eine gerechtere Welt imaginierbar? Und sie muss hoffnungsvoll sein, d. h. wir dürfen uns nicht nur nicht mit dem Status quo zufriedengeben, sondern müssen unsere gewohnten Imaginationsräume erweitern, so dass Zukunft als eine gerechtere (globale) Zukunft denkbar wird (siehe Castro Varela/Dhawan 2015). Doch diese Hoffnung muss, hier auch Spivak folgend, von Zweifel durchzogen sein. Ich habe dies an anderer Stelle auch als „hopeless hope" bezeichnet. Diese Art von prekärer Hoffnung ist das Ergebnis einer persistenten (Selbst-) Kritik und dem erklärten Ziel, eine Bildung und intellektuelle Praxis zu modellieren, die als zwangsfreies Neuordnen von Begehren gedacht werden kann (vgl. Spivak 2008, 2012). Hierfür sind das historische Erinnern und das Denken der Verflechtungen ebenso wichtig, wie die Operation des Verlernens, die mit einer Zerstörung der Evidenzen einhergehen muss. Zu theoretisch kann dies nie sein. Denn ohne theoretisches Handwerkzeug, ohne eine gute Analyse kann eine politische Praxis nur die Hüterin des Status quo sein. Überschreiten bedarf der Abstraktion.

Dann ist auch das möglich, was ich als eine „kontrapunktische Solidarität" bezeichne. Eine solche bedarf der politischen Praxis eines re-readings – eines nochmaligen Lesens. Es ist erschütternd, wie wenig Widerstandswissen selbst bei jenen vorhanden ist, die rassismuskritisch arbeiten. Zum Beispiel kennen in Deutschland nur wenige Anton Wilhelm Amo, der als Kind im heutigen Ghana verschleppt wurde und als „Gabe" bei Anton Ulrich von Braunschweig und Lüneburg-Wolfenbüttel landete. Dort erhielt er nicht nur die Möglichkeit, sondern nutzte sie auch und studierte Philosophie und Rechtswissenschaften. Auf Lateinisch schrieb er bereits im 18. Jahrhundert die wahrscheinlich ersten Ausführungen über die Rechtslage der Subjekte, die eben nicht weiß waren und in Europa lebten (siehe etwa Ette 2014). Bemerkenswert, wie ein solch wichtiges Wissen verloren geht. Dekonstruktion ist für Derrida Erinnern und auch für Adorno ist eine der wichtigsten Praxen, um die Folgen des Nationalsozialismus zu bearbeiten, eine tätige und aktive Erinnerungsarbeit. Erinnern müssen wir uns an den Horror, der von Europa ausgegangen ist, aber auch an den Terror, der in Europa getobt hat. Um das zu bewerkstelligen, müssen wir Lernen und Verlernen als komplexes Wechselspiel sehen. Aktiv Verlernen müssen wir unsere imperiale Lebensweise aber auch unsere imperiale Denk- und Wahrnehmungsweise.

Schlussüberlegungen

Europa muss, wie Dipesh Chakrabarty (2010, S. 65) pointiert feststellt, provinzialisiert werden. D. h. beispielsweise, dass „die bislang privilegierten Erzählungen der Staatsbürgerschaft mit Erzählungen anderer menschlicher Bindungen" überschrieben werden müssen. Diejenigen, die von Bildung systematisch ferngehalten werden, sollten Subjekte einer humanistischen Bildung werden, die es noch zu erfinden gilt. Es verbietet sich dabei die Romantisierung des migrantischen Subjekts wie auch ein unverblümter methodologischer Nationalismus nicht tolerierbar ist. Notwendig bleiben dagegen eine dekonstruktive Wachsamkeit und das Experimentieren mit Praxen, die ethische Reflexe hervorbringen. Dabei muss „auf die Unterbrechung des Ethischen" geachtet werden, denn einen direkten Plan kann es, wie Spivak schreibt, nicht geben (Spivak 2012, S. 30; Übersetzung MCV). Nur Umwege führen zum Ziel. Das Ethische zerschlägt den direkten Weg. Um eine solche Praxis zu erfinden, braucht es Geduld und/oder einen „Erlaubte(n) Wahnsinn im Namen eines Unbenennbaren Anderen" (Spivak 2008, S. 78).

Homi Bhabha (1994, S. 172) bemerkt in „Culture of Location" wohl sehr treffend, dass wir von denen, die unterworfen und zu einem Leben in der Diaspora verdammt wurden, unsere beständigsten Lektionen lernen können. Ich glaube, er hat Recht, weswegen es der Räume bedarf, die die Zirkulation dieses Wissen ermöglichen. Räume, in denen eine kontrapunktische Solidarität gelebt wird und Widerstandswissen entstehen kann.

Autorin

María do Mar Castro Varela (Prof. Dr.) ist Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. In 2015/16 war sie Senior Fellow am Institut für die Wissenschaft des Menschen (IWM) in Wien. Sie ist Gründerin und Mitglied des bildungsLab* Berlin (www.bildungslab.net).

Literatur

Castro Varela, María do Mar (2015): „Koloniale Wissensproduktionen. Edwards Saids ‚interpretative Wachsamkeit' als Ausgangspunkt einer kritischen Migrationsforschung", in: Julia Reuter/Paul Mecheril (Hg.): Schlüsselwerke der Migrationsforschung. Pionierstudien und Referenztheorien, Wiesbaden: Spinger-VS-Verlag, S. 307-322.

Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2015): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. 2. ergänzte und überarbeitete Auflage. Bielefeld: transcript.

Chakrabarty, Dipesh (2010): Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung. Frankfurt/Main: Campus.

Critchley, Simon (2012): Infinitely Demanding. Ethics of Commitment, Politics of Resistance. London/New York: Verso.

Dhawan, Nikita (Hg.) (2014): Decolonizing Enlightenment: Transnational Justice, Human Rights and Democracy in a Postcolonial World. Opladen: Barbara Budrich.

Dhawan, Nikita/Castro Varela, María do Mar (2016): „What Difference Does Difference Make? Diversity, Intersectionality and Transnational Feminist Politics", in: Wagadu. A Journal of Transnational Women's and Gender Studies, 15, S. 10-37.

Ette, Ottmar (2014): Anton Wilhelm Amo. Philosophieren ohne festen Wohnsitz. Eine Philosophie der Aufklärung zwischen Europa und Afrika. Berlin: Kadmos.

Said, Edward (1978): Orientalism. New York: Pantheon Books.

Santos, Boaventura de Sousa (2016): Epistemologies of the South. Justice against Epistemicide. New York/London: Routledge.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): Righting Wrongs. Unrecht richten. Zürich/Berlin: diaphanes.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2012): An Aesthetic Education in the Era of Globalization. Cambridge: Harvard University Press.

LITERATUR UND MATERIALIEN

... zum Thema Rechtsextremismus

AWO Bundesverband e. V. (Hg.): Die Einwanderungsgesellschaft und der rechte Terror. Fakten und Folgerungen aus dem NSU-Prozess, Berlin 2019

Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (Hg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts (Edition Bildungsstätte Anne Frank 2), Berlin: Verbrecher Verlag, 2019

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: „Umvolkung" und „Volkstod". Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia (edition pyrrhus, Bd. 5), Ulm: Klemm+Oelschläger, 2019

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft: Rechtsterrorismus, 69. Jg., 49–50/2019, 02. Dezember 2019, Bonn 2019

Huneke, Friedrich/Schmiechen-Ackermann, Detlef/Lange, Dirk/Ehlers, Axel/Wernstedt, Rolf (Hg.): Populismus und Schule. Historisch-politische Urteilsbildung und Wertorientierung in einem populistischen Umfeld (Unterrichten), Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2020

Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hg.): Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 2019

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Aktion Courage e. V., Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage e. V. (Hg.): Antisemitismus von Links. Facetten der Judenfeindschaft (Bausteine, Bd. 8), Berlin 2019

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Die Welt am Abgrund. Ein Planspiel zu antisemitischen Verschwörungstheorien, Berlin 2018

Amadeu Antonio Stiftung, „ju:an" – Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit (Hg.): Läuft noch nicht? Gönn dir: 7 Punkte für eine Jugendarbeit gegen Antisemitismus! Berlin 2017

Book, Carina/Huke, Nicolai/Klauke, Sebastian/Tietje, Olaf im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) (Hg.): Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der „imperialen Lebensweise", Externalisierung und exklusive Solidarität, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2019

Brumlik, Micha/Chernivsky, Marina/Czollek, Max/Peaceman, Hannah/Schapiro, Anna/Wohl von Haselberg, Lea (Hg.): Jalta. Positionen zur jüdischen Gegenwart. Themenheft: VER/UN/EINIGUNG, Ausgabe Nr. 06, 2/2019_1/5780, Berlin: Neofelis, 2019

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (Hg.): Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Vierteljahresheft zur Förderung von Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe. Themenschwerpunkt: Gesellschaftliche Teilhabe in ländlichen Räumen, 50. Jg., Nr. 4/2019, Berlin 2019

DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. (Hg.): Parolenknacker. Ein Memospiel zum Argumentieren gegen Diskriminierung, Erfurt 2019

European Network Against Racism (ENAR) (Hg.): Enar´s ninth European Equal@work seminar. Toolkit. Race and mental health at work. Ensuring wellbeing and equality in the workplace, Brüssel 2019

European Network Against Racism (ENAR) (Hg.): Racist crime and institutional racism in Europe. ENAR Shadow Report 2014–2018, Brüssel 2019

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Love Nature. Not Fascism. Demokratischen Umwelt- und Naturschutz gestalten, Berlin 2019

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Prima Klima? Natur- und Umwelt-

schutz in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, Berlin 2019

Förster, Mario/Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hg.): Angegriffene Demokratie? Zeitdiagnosen und Einblicke (Politik und Bildung), Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2020

Hartleb, Florian: Die Stunde der Populisten. Wie sich unserer Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können, Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 2017

Heitzmann, Daniela/Houda, Kathrin (Hg.): Rassismus an Hochschulen. Analyse – Kritik – Interventionen (Diversity und Hochschule), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

INKOTA-netzwerk e. V. (HG.): Südlink. Das Nord-Süd-Magazin von INKOTA, Themenschwerpunkt: Deutscher Kolonialismus: Wie die Vergangenheit die Gegenwart belastet, 47. Jg., Juni 2019, Heft 188, Berlin 2019

Killguss, Hans-Peter/Meier, Marcus/Werner, Sebastian (Hg.): Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Grundlagen, Methoden & Übungen, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2020

Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e. V. (LAG KJS NRW) (Hg.): Nicht von jetzt auf gleich?! Wie können Teams Haltungen entwickeln? Handlungsleitende Prinzipien und Empfehlungen für Einrichtungen, die sich rassismuskritisch reflektieren möchten, Köln 2019

Mayer, Ralf/Schäfer, Alfred (Hg.): Populismus – Aufklärung – Demokratie (Zeitgenössische Diskurse des Politischen, Bd. 16), Baden-Baden: Nomos, 2019

Medienprojekt Wuppertal (Hg.): Alltagsrassismus. Eine Filmreihe über Alltagsrassismus bei Jugendlichen (DVD). Das Filmprojekt wurde durchgeführt vom Fachbereich Jugend & Freizeit Wuppertal, Kinder- und Jugendschutz und dem Haus der Jugend Barmen (Close Up Theater) mit dem Medienprojekt Wuppertal, Wuppertal 2019

Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen (Interdisziplinäre Antisemitismusfoschung/Interdisciplinary Studies on Antisemitism, Bd. 11), Baden-Baden: Nomos, 2019

Sarr, Felwine: Afrotopia. Aus dem Französischen von Max Henninger, Berlin: Matthes & Seitz, 3. Aufl., 2019

Scherr, Albert/Breit, Helen: Diskriminierung, Anerkennung und der Sinn für die eigene soziale Position. Wie Diskriminierungserfahrungen Bildungsprozesse und Lebenschancen beeinflussen, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

Seeliger, Martin/Gruhlich, Julia (Hg.): Intersektionalität, Arbeit und Organisation (Arbeitsgesellschaft und Wandel), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

Sirsch, Rudolf W./Nachama, Andreas/ Urban, Andreas im Auftrag des Deutschen Koordinierungsrats Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V. (Hg.): „das RECHT des ANDEREN". 70 Jahre Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Bad Nauheim 2019

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus (Hg.): Gesicht zeigen – Stimme erheben. Impulse. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2020, Darmstadt 2020

… zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Willkommenskultur zwischen Skepsis und Pragmatik. Deutschland nach der „Fluchtkrise", von Ulrich Kober und Orkan Kösemen, Gütersloh 2019

Binner, Kristina/Scherschel, Karin (Hg,): Fluchtmigration und Gesellschaft. Von Nutzkalkülen, Solidarität und Exklusion (Arbeitsgesellschaft und Wandel), Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

Heinemann, Alisha M. B./Stoffels, Michaela/Wachter, Steffen (Hg.): Erwachsenenbildung für die Migrationsgesellschaft. Institutionelle Öffnung als diskriminierungskritische Organisationsentwicklung (Perspektive Praxis), Bielefeld: wbv, 2018

Hoerder, Dirk (Hg.) im Auftrag des Sir Peter Ustinov Instituts, Wien: Humane Einwanderungspolitik – ist sie zu schaffen? Von der Ankunft über die Teilhabe zur Integration, Frankfurt a. M.: Wochenschau, 2020

Messinger, Irene/Prager, Katharina (Hg.): Doing Gender in Exile. Geschlechterverhältnisse, Konstruktionen und Netzwerke in Bewegung, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2019

Nell, Josepha: Migrationserfahrung als Ressource? Biografische Selbstdarstellung älterer MigrantInnen in Wien, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

Resch, Christine/Wagner, Thomas (Hg.): Migration als soziale Praxis: Kämpfe um Autonomie und repressive Erfahrungen, Münster: Westfälisches Dampfboot, 2019

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Atlas der Migration. Daten und Fakten über Menschen in Bewegung, Berlin 2019

… zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Ahlheim, Klaus: „Moralkeule" Auschwitz und Erinnerungskultur. Zwei Texte zum 8. Mai (edition pyrrhus, Bd. 6), Ulm: Klemm+Oelschläger, 2019

Serloth, Barbara: Nach der Shoah. Politik und Antisemitismus in Österreich nach 1945, Wien/Berlin: Mandelbaum, 2019

... zum Thema Migrationspädagogik

Arbeitsgemeinschaft Offene Türen NRW e. V. (Hg.): Vielfalt – Wir leben sie! Ein Handbuch zur Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dokumentation des Projekts „Vielfalt – Wir leben sie! 2019", Düsseldorf 2019

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. (Hg.): Empowerment, Begegnung und Demokratie gestalten. Impulse aus dem Projekt „Empowered by Democracy" für die politische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Wuppertal 2019

Karakaşoğlu, Yasemin/Mecheril, Paul im Gespräch mit Goddar, Jeannette: Pädagogik neu denken! Die Migrationsgesellschaft und ihre Lehrer_innen, Weinheim/Basel: Beltz, 2019

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Faulde, Joachim/Grünhäuser, Florian/Schulte-Döinghaus, Sarah (Hg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Regionalentwicklung als Chance für ein neues Profil, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2020

Gbur, Nina/Jennerjahn Miro im Auftrag von Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V./THW-Jugend Sachsen e. V./THW-Jugend Thüringen e. V. (Hg.): Das Projekt „Tolerant – Hilfsbereit – Weltoffen" präsentiert: Jugenddienst mal anders (Handbuch), 2. Aufl., Dresden/Pirna 2018

RAA Berlin, Projekt „Extrem Demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken" (Hg.): Muslimische Jugendarbeit. Herausforderungen, Erfahrungen, Ergebnisse. 5 Jahre Modellprojekt „Extrem Demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken", Berlin 2019

INFOS

Offener Brief von Esther Bejarano an Olaf Scholz. Das Haus brennt – und sie sperren die Feuerwehr aus!

Esther Bejarano ist Shoah Überlebende und die Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-bda) kritisiert den Gemeinnützigkeits-Entzug und fordert in ihrem offenen Brief „Das Haus brennt – und sie sperren die Feuerwehr aus!" das Bundesfinanzministerium auf, gegen die Entscheidung vorzugehen. Im Folgenden drucken wir den vollständigen Brief ab (die Petition für den Erhalt der Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA und anderer Organisationen finden Sie unter https://www.unteilbar.org/gemeinnuetzig/):

Offener Brief an den
Bundesminister der Finanzen
Herrn Olaf Scholz
Wilhelmstraße 93
10117 Berlin

26. November 2019

Was ist gemeinnützig? Zur Entscheidung eines Finanzamtes
25. November 2019

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,

seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Die Arbeit der Antifa, die Arbeit antifaschistischer Vereinigungen ist heute – immer noch – bitter nötig. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik?

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle. „Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden", hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet.

Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren.

Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss!

Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten ‚als Denkmal der Schande' sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als ‚Vogelschiss in deutscher Geschichte' bezeichnen?

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, jetzt gerade wieder vom Hamburger Senat eine Ehrendenkmünze in Gold. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich über-reicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. 2008 schon hatte der Bundespräsident mir das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse angeheftet. Darüber freue ich mich, denn jede einzelne Ehrung steht für Anerkennung meiner – unserer – Arbeit gegen das Vergessen, für ein „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus", für unseren Kampf gegen alte und neue Nazis.

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie:

Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen?

Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsäg-liche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN–BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen.

Wir Überlebenden haben einen Auftrag zu erfüllen, der uns von den Millionen in den Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen Ermordeten und Gequälten erteilt wurde. Dabei helfen uns viele Freundinnen und Freunde, die Antifaschistinnen und Antifaschisten – aus Liebe zur Menschheit! Lassen Sie nicht zu, dass diese Arbeit durch zusätzliche Steuerbelastungen noch weiter erschwert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano

Vorsitzende

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Petition unter https://www.unteilbar.org/gemeinnuetzig/

Jahresbericht 2017/2018 der Antidiskriminierungsbüro Köln (ADB)/Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. (ÖgG)

Köln, 14.11.2019: Auch in den Jahren 2017 und 2018 ist die Anzahl der Diskriminierungsmeldungen weiter gestiegen. Das AntiDiskriminierungsbüro Köln weist in dem Jahresbericht 2017/2018 darauf hin, dass rassistische Diskriminierung durch Fitnessstudios und Diskotheken massiv angestiegen ist. In Anbetracht der alltäglichen Diskriminierung braucht es Orte und Strukturen zur Unterstützung und Empowerment/Selbstermächtigung von Menschen, die von Rassismus betroffen sind.

„Ob beim Zugang zu Fitnessstudios oder Diskotheken, bei Kontrollen der Polizei, bei der Ausländerbehörde oder Wohnungssuche, rassistische Diskriminierung ist für viele Menschen alltäglich. Die psychische und physische Belastung von alltäglicher Diskriminierung sind enorm. Deshalb braucht es mehr Unterstützungsangebote für Menschen, die von alltäglicher Diskriminierung betroffen sind." so Berivan Moğultay-Tokuş, Referentin und Beraterin des ADB Köln. „Empowerment bedeutet rassismuserfahrene Menschen zu stärken und zu ermächtigen, sich gegen Diskriminierung zu wehren" so Moğultay-Tokuş weiter. Bisher gäbe es viel zu wenige Angebote und zu wenig staatliche Förderung.w

Geschütze Räume bieten Möglichkeiten zum Austausch und zur Selbstorganisation von rassismuserfahrenen Menschen. Dies ist eine Voraussetzung, um sich gegen Diskriminierung zu wehren. Aus diesem Grund bietet das ADB Köln des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt

e.V. neben der Beratung zu konkreten Diskriminierungsfällen Veranstaltungen und Angebote für Menschen mit Rassismuserfahrungen an.

Diskriminierungen werden immer noch viel zu oft als Einzelfall dargestellt und wahrgenommen. Die Statistiken im jetzt veröffentlichten Jahresbericht des ADB Köln zeigen jedoch deutlich, dass Diskriminierung ein strukturelles Problem ist. Nur ein Bruchteil der Diskriminierungen werden gemeldet und dennoch wird in der Bearbeitung deutlich, dass auch staatliche Institutionen, wie Ausländerbehörde und Polizei, Defizite in der Umsetzung von Diskriminierungsschutz aufweisen.

Das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln in Trägerschaft des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., setzt sich seit 1995 aktiv dafür ein, eine Kultur der Gleichbehandlung zu verwirklichen. Das Büro berät und begleitet Menschen, die von Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind, und ermutigt diese, für ihre Rechte einzustehen.

Der Jahresbericht kann unter http://www.oegg.de/index.php?de_presse runtergeladen werden. Außerdem versenden wir ihn gerne gegen Porto oder Spende.

Pressekontakt:

Berivan Moğultay-Tokuş, Referentin und Beraterin des ADB Köln

Telefonnummer: 02 21 / 96 47 63 00

Emailadresse: Info@oegg.de

Empowerment Akademie unserer Freund*innen von Coach e.V. - Kölner Initiative für Bildung und Integration junger Migranten

Die Empowerment Akademie plant für die nächsten drei Jahre vielfältige Trainings und Workshops, für deren Umsetzung qualifizierte Trainer*innen, Referent*innen und Prozessbegleiter*innen mit einer macht- bzw. rassismuskritischen Perspektive benötigt werden.

Die Akademie startet mit diversen Netzwerktreffen und einer modularen Schulung für Jugendliche und junge Multiplikator*innen mit Flucht- oder Rassismuserfahrung in der sozialen und politischen Bildungsarbeit. Dafür werden noch interessierte Teilnehmende gesucht!

Aus der Ausschreibung der Multiplikator*innenschulung:

„Du bist alltäglich von Rassismus und Ausgrenzung betroffen? Du möchtest dich politisch und sozial engagieren? Die Gesellschaft mitgestalten? Eigene Veranstaltungen planen? Dich über Rassismus- und Fluchterfahrungen mit anderen jungen Menschen austauschen? Dann mach mit!

Werde Multiplikator*in der politischen und sozialen Bildungsarbeit. Empower Dich! Setz dich mit Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auseinander. Tausch dich mit anderen Teilnehmenden über eigene Rassismus und Fluchterfahrungen aus. Lasse dich zu den Themen Rassismus, Flucht und Migration fortbilden. Lerne selbst kreative Aktivitäten, Workshops und politische Aktionen anzuleiten. Erweitere dein Netzwerk und lerne andere junge Menschen kennen.

Mitmachen?!

• Du bist zwischen 16 und 27 Jahren?
• Du bist von Rassismus betroffen?
• Du hast Lust auf die Durchführung von Workshops, Projekttagen oder Informationsveranstaltungen?
• Du bist bereit, dich neben der Praxis auch mit Theorien und Konzepten auseinanderzusetzen.

Wie geht es nach der Schulung weiter?

Nach der Fortbildung erhältst du ein Zertifikat und hast die Möglichkeit, Teil eines großen Netzwerks zu werden. Die Empowerment-Akademie unterstützt dich dabei, das Gelernte umzusetzen und erste Erfahrungen in der Bildungsarbeit zu sammeln."

Wenn Sie Interesse haben in unseren Trainer*innen bzw. Referent*innen-Pool aufgenommen zu werden, melden Sie sich gerne mit einem Lebenslauf bzw. Informationen zu Ihrer Person an:

KONTAKT
Coach e.V.
Oskar-Jäger Str. 139 | 50825 Köln 0221 / 5465625
www.coach-koeln.de

Ansprechperson:
Frau Sima Vortkamp
vortkamp(at)coach-koeln.de

UNSERE VERANSTALTUNGEN

„Verschieden, getrennt und gemeinsam" – Fachtag zum Jahresabschluss des projekt.kollektiv am 28.11. in Düsseldorf

Mit dem Vortrag „Verschieden, getrennt, gemeinsam? Intersektionale Zugänge und Empowerment-Orientierung für eine rassismuskritische Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft" leiteten die beiden Projektreferent*innen des projekt.kollektiv Cecil Arndt und Kolja Koch den Fachtag ein.

In dem darauf folgenden Podiumsgespräch mit Naji Ahmad (Êzîdische Jugend NRW), Kiana Ghaffarizad (ju:an Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit), Şeyma Özdemir (Projekt Muslima Empowerment Münster) und Naomy Touré (The Queer L-Vlog) wurden u. a. Einblicke aus der Qualifizierungsreihe „Multiplikator*innen der rassismuskritischen Jugendbildungsarbeit im Kontext Migration und Flucht" des projekt.kollektiv geteilt und darüber diskutiert, wie wir gemeinsam für rassismuskritische und Empowerment-orientierte Räume in der Jugendarbeit streiten und eine solidarische Praxis entwickeln.

Die anschließenden Working Spaces boten die Möglichkeit zum kollegialen Austausch und zur Vertiefung von Fokusthemen. Moderiert wurde die Fachtagung von Cuso (Diaspor.Asia Podcast).

Fachtag „Wir erleben es jeden Tag..." - Rassistische Diskriminierung in der Migrationsgesellschaft: Handlungsmöglichkeiten für Schule & SozialeArbeit am 05.12. in Dortmund

Der Fachtag wurde vom projekt.kollektiv in Kooperation mit Awo Interkulturelles Zentrum (IKUZ) Dortmund und dem Institut für politische Bildung der Auslandsgesellschaft.de e.V. ausgerichtet.

Nach einem Keynote-Vortrag von Dr. Karim Fereidooni sprang das Projektteam des projekt.kollektiv spontan für die Kolleg*innen der LAG Mädchenarbeit NRW ein und referierte zu „Rassismuskritik und Empowerment-Orientierung für die Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft".

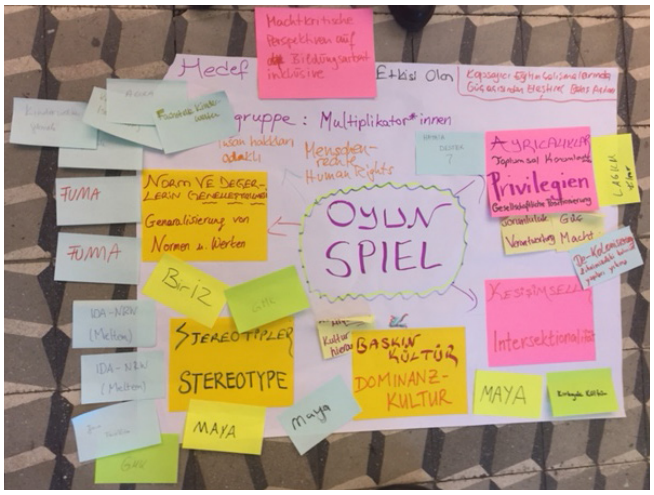
Am Nachmittag stand eine spannende Workshop-Phase auf dem Programm und zum Schluss folgte eine kluge Tagungsbeobachtung von Megha Kono-Patel. Moderiert wurde der Fachtag von Kawa Eibesh.

IDA-NRW nimmt an der „Deutsch-Türkischen Initiative zur Zusammenarbeit in der Flüchtlingshilfe“ / „ALLE ZUSAMMEN II“ teil

„Alle zusammen II“ ist ein Gemeinschaftsprojekt von Anadolu Kültür und dem Institut DINX (Diversity – Innovation – Nachhaltiger PraXistransfer) und wird als Folgeprojekt des gleichnahmigen Projekts (2017–2019) mit Unterstützung der Stiftung Mercator in den nächsten zwei Jahren umgesetzt.

Während des Projektverlaufes werden Wissenschaftler*innen, Pädagog*innen und andere Fachkräfte gemeinsam die Herausforderungen definieren und mögliche Lösungen entwickeln, um zu einer gelungenen Inklusion aller Kinder und Jugendlichen, mit besonderem Fokus auf Flucht- und Migrationserfahrung, in der non-formellen Bildung beizutragen.

Teilnehmende Organisationen aus Deutschland sind neben IDA-NRW die FUMA Fachstelle für Gender & Diversität, FaireKITA, die Fachstelle Kinderwelten, KIKU Hamburg, die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e. V., LAG Kunst und Medien. Ziel ist es, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und kommunalen Einrichtungen in der Türkei in Tandems mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten an diversen Ansätzen und Ebenen der Inklusion zu arbeiten und daraus Train the Trainer-Programme



zu entwickeln. Die verschiedenen Trainingsprogramme sollen Fachkräfte wie Ehrenamtliche befähigen, künftige Herausforderungen zur Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft besser bewältigen zu können. Ein erstes Arbeitstreffen fand Anfang des Monats in Istanbul statt (1./2. Dezember), wo sich bereits Arbeitsgruppen mit ähnlichen Interessenschwerpunkten zusammenfinden und erste konzeptionelle Überlegungen anstellen konnten.

Kontakt:
IDA-NRW
Ansprechperson:
Frau Meltem Büyükmavi
meltem.bueyuekmavi@ida-nrw.de

TERMINE

Tagung: 75 Jahre nach Auschwitz – Potentiale historisch-politischer Bildung an Gedenkstätten und Erinnerungsorten

Termin: 24. bis 25. Januar 2020

Ort: Schwerte

Infos: Institut für Kirche und Gesellschaft/
Evangelische Kirche von Westfalen
Tel: 0 23 04 / 7 55-346
sarah.wittfeld@kircheundgesellschaft.de

Wochenendseminar: Anti-Rassismus-Training mit Phoenix e. V. (Seminar aus der Reihe „NRW-DEMOKRATIESTARK)

Termin: 24. bis 26. Januar 2020

Ort: Bonn

Infos: Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Tel: 02 28 / 8 83-72 03
Katia.Conigliaro@fes.de

Fortbildung für die Mädchenarbeit – Vernetzungstreffen für weiße Pädagog*innen. Fokus: Power Sharing/Verbündet-Sein

Termin: 7. Februar 2020

Ort: Wuppertal

Infos: Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit in NRW e. V.
Tel: 02 02 / 7 59 50 46
lag@maedchenarbeit-nrw.de

Education Lab „school is open“: #MeetUp Antisemitismus- und Rassismuskritik

Termin: 10. Februar 2020

Ort: Köln

Infos: Universität zu Köln, „school is open“ 4.0
Tel: 02 21 / 4 70-21 85
silke.kargl@uni-koeln.de

Tagung: Respect Diversity! Anti-Bias in der Praxis

Termin: 11. März 2020

Ort: Münster

Infos: FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW
Tel: 02 01 / 18 50 88-0
fachstelle@gender-nrw.de

VIR-Veränderungsimpulse sezten bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen/ VIR-Trainer/innen-Ausbildung 2020

Termin: 16. bis 19. Juni 2020

Ort: Bonn

Infos: Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW e.V.
Tel: 02 51 / 5 40 27
info@thema-jugend.de

IDA-NRW wird gefördert vom

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Online-Ausgabe
www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/